



► Nr. VO/2022/11041  
öffentlich

Lübeck, 06.04.2022

**Vorlage  
-öffentlich-**

Verantwortliche Bereiche:  
5.660 - Stadtgrün und Verkehr

Bearbeitung: Mirjana Kayser (E-Mail: mirjana.kayser@luebeck.de Telefon: 122-6634)

**Kostensteigerung - Instandsetzung von Straßen durch das DSK-Verfahren (Dünne Schichten im Kalteinbau) in der Hansestadt Lübeck 2022**

**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
25.04.2022	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.05.2022	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
03.05.2022	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die DSK-Maßnahmen mit Mehrkosten von 660.000 EUR aufgrund der nicht vorhersehbaren Kostensteigerung bei verknappten Rohstoffen fortzusetzen.

**Verfahren:**

Bereiche/Projektgruppen	Ergebnis
1.201 Haushalt und Steuerung	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja  
Nein- Begründung:

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht notwendig, weil deren Belange durch das Ausschreibungsverfahren nicht berührt werden.

Die Maßnahme ist:

neu  
freiwillig  
vorgeschrieben durch:

§ 10 StrWG (Verkehrssicherungspflicht)

Finanzielle Auswirkungen:

Ja (Anlage 1)  
Nein

Auswirkung auf den Klimaschutz:

<input type="checkbox"/>	Nein
<input checked="" type="checkbox"/>	Ja – Begründung: baustellenbedingte Emissionen (reduziert durch den Einsatz als Kaltbauweise)

Begründung der Nichtöffentlichkeit  
gem. § 35 GO:

**Begründung:**

**Art der Ausschreibung :** öffentliche Ausschreibungen nach VOB

**Kurzbeschreibung der Maßnahmen:**

Am 01.04.2022 erfolgte die Submission für die am 15.03.2022 freigegebene Ausschreibung (VO/2022/10830) für die DSK-Maßnahmen 2022 im Stadtgebiet mit drei eingegangenen Angeboten.

Die Kostenberechnung betrug 3.500.000 EUR. Das Angebot des günstigsten Bieters beträgt jetzt 4.160.000 EUR (aufgerundet).

Gem. Zuständigkeitsordnung § 1 Abs. 1 Nr. 1.1 Spiegelstrich 3 ist die Fortführung von beschlossenen Vorhaben, wenn das Gesamtvolumen um mehr als 20 % oder um 175.000 Euro netto überschritten wird, vom Hauptausschuss zu entscheiden. Dies ist hier der Fall, da eine Kostensteigerung von rund 660.000 Euro vorliegt.

Die Kostensteigerung erklärt sich durch Preiserhöhungen bei Bitumen, Kraftstoffen und Gesteinskörnungen. Durch die unvorhersehbare Situation in der Ukraine werden diese Materialien knapp und damit teuer. Der Zweitbietende der Ausschreibung ist 10 % teurer als der Mindestbietende. Die Preise sind der aktuellen Situation angemessen und der Auftrag soll erteilt werden.

**Zeitplan:**

Um alle Maßnahmen innerhalb des Jahres 2022 abschließen zu können, ist die Entscheidung besonders dringlich. Eine Entscheidung sollte spätestens am 03.05.2022 erfolgen, damit auch die Straßen im Bereich Travemünde noch vor dem Sommerbauverbot saniert werden können.

**Kosten/Finanzierung:**

Die zusätzlichen Kosten in Höhe von 660.000 EUR werden aus dem Bereichsbudget zur Verfügung gestellt.

Sollte die Zustimmung nicht erfolgen, würde die Verwaltung den Maßnahmenumfang für das Jahr reduzieren und einige Straßen nicht sanieren, damit das veranschlagte Bauvolumen von 3,5 Mio. EUR nicht überschritten wird. Dies könnte mit höheren Sanierungskosten in der Zukunft verbunden sein.

**Anlagen:**

1 – Finanzielle Auswirkungen

Senatorin Joanna Hagen